

## Newsletter der SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel

Liebe Genossinnen und Genossen,  
verehrte Leserinnen und Leser des Newsletters!

Mit dem Newsletter wollen wir die Parteimitglieder, aber auch die gesamte interessierte Öffentlichkeit einmal monatlich über die Themen der SPD-Fraktion informieren. Am Tag nach der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung erläutern wir kurz, wie wir uns positioniert haben und mit welchen Vorhaben wir uns befassen. Gerade in der gestrigen Sitzung der SVV ist es der SPD-Fraktion durch ihr fachlich fundiertes und geschlossenes Auftreten gelungen, die politische Agenda der Stadt maßgeblich zu beeinflussen. Dafür danke ich den Mitgliedern unserer Fraktion an dieser Stelle herzlich.

Wir senden diese Informationen an alle, die bereits im Email-Verteiler der SPD registriert sind. Wir freuen uns aber über jeden weiteren Interessenten. Und wir freuen uns über jede neue Anregung, um unser Informationsnetz weiter zu verbessern oder auch um neue Themen aufzugreifen. Wir wünschen allen viel Spaß an der Stadtpolitik und viele neue Erkenntnisse!

Euer/ Ihr  
Norbert Langerwisch



Norbert Langerwisch

### Einrichtung eines zeitweiligen Ausschusses in der SVV



Noch in den letzten Stunden vor der Stadtverordnetenversammlung versuchten die Oberbürgermeisterin und ihr Beigeordneter für Stadtentwicklung die Einrichtung eines zeitweiligen Ausschusses zur Überprüfung der Verantwortlichkeit des Verwaltungshandelns zu verhindern.

Während die Oberbürgermeisterin an einer künftigen, engeren Zusammenarbeit mit der SPD Fraktion die Bedingung knüpfte, dass dieser Ausschuss nicht gebildet werden darf, versuchte der Baubeigeordnete die Sachverhalte, die zur Einrichtung des Ausschusses führten zu erklären.

In der Begründung für die Einrichtung eines solchen Ausschusses erklärte die SPD-Fraktion, dass es zwar gelungen ist, einiges zu erklären, dass aber trotzdem immer noch ein begründetes Misstrauen da ist, weil von einer unabhängigen Überprüfung des Verwaltungshandelns nicht die Rede sein kann. Das hartnäckige Bestreben, den zeitweiligen Ausschuss zur Überprüfung des Verwaltungshandelns zu verhindern, trug nicht dazu bei, das vorhandene Misstrauen abzubauen.

Mit einer Mehrheit von 21 zu 19 Stimmen bei zwei Enthaltungen beschloss die Stadtverordnetenversammlung die Einrichtung des zeitweiligen Ausschusses.

Katrin Rautenberg

## SPD-Fraktion fordert genehmigungsfähigen Haushalt



Der Fraktionsvorsitzende der SPD Norbert Langerwisch hatte die Absicht auf der gestrigen SVV eine persönliche Erklärung zur Haushaltssituation abzugeben. Wegen der fehlenden persönlichen Betroffenheit- so das Rechtsamt der Stadt durfte er seine Ausführungen nicht fortsetzen. Dennoch muss die SPD-Fraktion ihre Betroffenheit über die Haushaltssituation und über das, was von der Stadtverwaltung als Beschlussvorlage vorgelegt worden ist, zum Ausdruck bringen.

Die Beschlussvorlage der Stadt zur Haushaltssatzung und zum Haushaltssicherungskonzept entsprechen nicht den gesetzlichen Vorgaben. Es fehlen konkrete Zahlen: das Einsparziel und wie es erreicht werden soll. Die Stadtverordneten können sich derzeit kein sachgerechtes Bild über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage machen. Statt dessen enthält das Haushaltssicherungskonzept bloße Absichtserklärungen und unrealistische Forderungen an das Land, auf deren Erfüllung die Stadt keinerlei Einfluss hat. Fakt ist: Zahlen, Budgetgrenzen und konkrete Maßnahmen fehlen völlig.

Ein Vergleich der Übersicht der Entwicklung der Kassenkredite aller kreisfreien Städte zeigt, dass diese nur in unserer Stadt kontinuierlich ansteigen.

Wir erwarten daher eine Liquiditätsplanung, die aufzeigt, wie die Kassenkredite der Stadt Brandenburg fortlaufend abgebaut werden können. Ziel soll im Interesse der Bürger unserer Stadt sein, dass künftige Generationen nicht übermäßig mit den Zinszahlungen der Kredite belastet werden.

Der jetzigen Vorlage der Stadt zuzustimmen bedeutet, sich als Stadtverordnete gegebenenfalls in die Haftung zu begeben.

Die SPD-Fraktion fordert die Stadtverwaltung auf

1. In die Haushaltssatzung das selbst gesteckte **Konsolidierungsziel**, die Begrenzung des Defizits auf 12,7 Mio € festzuschreiben und in den Teilhaushalten detailliert darzustellen und fortzuschreiben.
2. Vorlage der **Eröffnungsbilanz** in 2012, um beurteilen zu können, wie sehr die im Haushalt zu veranschlagenden Aufwendungen für Abschreibungen und die dagegen stehenden Erträge für die Auflösung von Sonderposten den Haushalt jährlich zusätzlich belasten.
3. **Konkrete Maßnahmen** in das Haushaltssicherungskonzept aufzunehmen, die Wertvolumen und den genauen Zeithorizont enthalten.
4. Eine **Schuldenbremse** einzuführen, mit konkreten Vorgaben in der Haushaltssatzung:
  - Auszahlungen dürfen einen Gesamtbetrag von **229,5 Mio € nicht überschreiten**
  - Begrenzung des Kassenkredits auf Vorjahresniveau, das heißt **150 Mio €**.

Die SPD ist bereit, sich an kommunalen **Entschuldungsprogrammen** aktiv zu beteiligen. Das bedeutet aber, dass die Oberbürgermeisterin auch dazu bereit ist. Dazu muss sie offensichtlich gezwungen werden. Wenn wir uns ein den Forderungen entsprechender Haushaltsentwurf vorgelegt wird, arbeitet die SPD-Fraktion gern in einer Arbeitsgruppe der Stadt mit. Die **Verwaltung hat die gesetzliche Pflicht**, uns Stadtverordnete ein mit Zahlen und Maßnahmen unterlegtes Konsolidierungskonzept vorzulegen. Diese Arbeit kann nicht auf die Stadtverordneten delegiert werden.“

Norbert Langerwisch

## Große Übereinstimmung zur Entwicklung und Stärkung der gemeinsamen Wirtschaftsregion Westbrandenburg



Mit großer Einigkeit verabschiedeten die Stadtverordneten in der SVV am 24.01.2012 ein Konzept für eine künftig noch engere und intensivere Zusammenarbeit der drei Städte Brandenburg an der Havel, Premnitz und Rathenow unter Einbeziehung des Landkreises Havelland.

Durch eine bessere Zusammenarbeit soll die Wirtschaftsregion Westbrandenburg sowohl national als auch international noch besser positioniert werden, um die wirtschaftliche Entwicklung dieser Region in Zukunft zu festigen und zu stärken. Die drei Städte bestimmen die wirtschaftliche Entwicklung der Region Westbrandenburg durch ihre Achsenverbindung und hinsichtlich ihrer Branchenkompetenzen und Entwicklungspotenziale maßgeblich.

Die SPD Brandenburg an der Havel fordert seit langem eine bessere Vernetzung auch im wirtschaftlichen Bereich in das Umland. Wir begrüßen daher ausdrücklich, dass mit der Region Premnitz – Rathenow begonnen wird. Hier gab es schon vor 100 Jahren den Versuch eine gemeinsame Industrie- und Handelskammer zu schaffen. Klaus-Peter Fischer hob in seinen Ausführungen hervor, dass der Wirtschaftsausschuss aktiv eingebunden war und auch Vorschläge mit einbringen konnte und erhofft, dass außer den bereits genannten Maßnahmen weitere hin zu kommen werden.

Ausdrücklich ermutigt wurde die Verwaltung auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Landkreis Potsdam – Mittelmark zu suchen.

Anett Schulze

## Der Masterplan - Zwischen Wille und Wirklichkeit



Auf unserer Klausursitzung am 20. und 21.01.2012 stellte der Themenzirkel Masterplan erneut ihre Ergebnisse vor und diskutierte mit der Fraktion. Im Ergebnis unterstützen wir ausdrücklich die Methode Masterplan für die Entwicklung unserer Stadt.

Mit einem festen Ziel vor Augen, mit Kreativität und Visionen hätte ein guter Masterplan die Chance Brandenburg an der Havel ein trennscharfes Profil zu geben. Gleichzeitig unsere Stadt als attraktiven Urlaubsort, Wirtschafts- und Wohnstandort zu entwickeln und zu vermarkten

Die zur Abstimmung vorgelegte Fortschreibung des Masterplans hat zwei Funktionen die klar von einander zu trennen sind. Der erste und vordergründigste Zweck ist die Beantragung und der Erhalt von möglichst vielen Fördermitteln. Die Vergabe von Fördermitteln wird immer stärker von einer gesamtstädtischen Entwicklungskonzeption abhängig gemacht. Aus diesem Grund ist der Masterplan bewusst sehr breit aufgestellt um möglichst in jedes Fördermittelprogramm zu passen und das Maximale abzugreifen. Für diese Funktion bewertet die SPD-Fraktion den Masterplan ausreichend und zustimmungsfähig.

Die zweite Funktion ist die tatsächliche Stadtentwicklung und hier weist der Masterplan große Defizite auf. Die Fortschreibung weist kein klares Ziel auf, er gibt unserer Stadt kein trennscharfes Profil und ist einer mutigen Stadtentwicklung wenig förderlich.

Wo will die Stadt hin? Was will sie in der Zukunft sein? Diese Fragen bleiben leider unbeantwortet. Positiv ist es, dass sich viele im Plan wiederfinden und fast alles machbar ist. Er verpasst aber die Chance, gerade im Vorfeld der BUGA, ein vermarktbares Profil und eine benennbare Einzigartigkeit zu geben.

In einzelnen Punkten ist der Masterplan für die Stadtentwicklung sogar hinderlich. Aus diesem Grund hat die SPD-Fraktion einen Änderungskatalog erstellt. Wir erwarten, dass dieser im Masterplan Berücksichtigung findet, um den Masterplan auch als groben Rahmen der Stadtentwicklung akzeptieren zu können.

Norbert Langerwisch

## Neuverteilung der Ausschussvorsitze



Als Konsequenz der Einrichtung eines zeitweiligen Ausschusses der Stadtverordnetenversammlung kündigte gestern die CDU-Fraktion eine Vereinbarung aus dem Jahr 2011 auf. Diese Vereinbarung hatte vorgesehen, dass trotz der Bildung der FDP-Fraktion nach einer Entscheidung des Landesverfassungsgerichtes und des kurz danach erfolgten Austritts der zwei Vertreter des Kleingartenverbandes aus der Fraktion von Bündnis 90/ Grüne/ Pro Kirchmöser eine Veränderung der Ausschussvorsitze nicht erfolgt.

Daraus ergab sich, dass die Ausschussvorsitze neu vergeben werden mussten. Hätte die SPD-Fraktion auf die Einrichtung eines zeitweiligen Ausschusses zur Überprüfung des Verwaltungshandelns verzichtet, hätte die CDU generös die Vereinbarung weiterhin eingehalten.

Die Mitglieder der SPD-Fraktion waren sich absolut einig und mit den Stadtverordneten der Fraktion DIE LINKE und von Bündnis 90/Grüne/ Pro Kirchmöser wurde erneut gem. § 14 Abs. 4 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel die Bildung einer Zuteilungsgemeinschaft gegenüber der Stadtverordnetenvorsteherin angezeigt.

Den ersten Zugriff hatte die Zuteilungsgemeinschaft und übernahm den Rechnungsprüfungsausschuss. Die CDU griff auf den Stadtentwicklungsausschuss zu, der zukünftig von Frau Seeber geführt werden wird. Entsprechend einer internen Absprache innerhalb der Zuteilungsgemeinschaft hatten danach Fraktion DIE LINKE 2 Zugriffe und sicherte sich den Vorsitz für die Ausschüsse Bildung, Kultur und Sport sowie Gesundheit, Soziales und Seniorenfragen.

Die SPD griff anschließend noch auf den Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften zu, während der Ausschussvorsitz für Umwelt, Recht, Ordnung und Petitionen an Bündnis 90/ Gründe/ Pro Kirchmöser ging. Der Vorsitz im Wirtschaftsausschuss verblieb bei der CDU.

Die Fraktionen werden über die jeweiligen Ausschussvorsitzenden noch entscheiden.